

## HSB Wahlprüfsteine zur Bürgerschaftswahl 2015

Am 15. Februar 2015 ist Bürgerschaftswahl. Der Hamburger Sportbund (HSB) hat die Parteien zu ausgewählten sportpolitischen Fragestellungen befragt. Die Antworten von SPD, CDU, GRÜNE, Die LINKE sowie der FDP finden Sie in den anliegenden Tabellen.

SPD	CDU	GRÜNE	Die LINKE	FDP
 <p><b>Olaf Scholz</b> Erster Bürgermeister, Spitzenkandidat SPD</p>	 <p><b>Dietrich Wersich</b> Spitzenkandidat CDU</p>	 <p><b>Katharina Fegebank</b> Spitzenkandidatin GRÜNE</p>  <p><b>Jens Kerstan</b> Spitzenkandidat, GRÜNE</p>	 <p><b>Dora Heyenn</b> Spitzenkandidatin DIE LINKE</p>	 <p><b>Katja Suding</b> Spitzenkandidatin FDP</p>

1. In über 800 Vereinen treiben die Hamburgerinnen und Hamburger Sport. Sie übernehmen in Sportvereinen aus eigenem Antrieb Verantwortung: Für sich, für ihr Team, für ihren Verein und für die Gesellschaft. Neben dem Eigenwert des Sporttreibens für den Einzelnen entsteht durch Vereine ein gesellschaftlicher Mehrwert für Hamburg.

*Was gedenkt Ihre Partei zu tun, dass Hamburg den Sport so fördert und unterstützt, wie es seiner gesellschaftlichen Leistung entspricht?*

SPD	CDU	Grüne	Die LINKE	FDP
Im Mittelpunkt unserer Sportpolitik stehen die Menschen dieser Stadt, die bereits sportaktiv und sportbegeistert sind oder für den Sport gewonnen werden können. Wir wollen eine gezielte und dialogorientierte Entwicklung des Sports zusammen mit allen Akteuren von Sport und Bewegung sowie der Gesundheitsvorsorge gewährleisten. Die Förderung des Sports erfolgt darüber hinaus über Mittel im Hamburger Haushalt und deren Ziele werden	Sport verbindet die Menschen in unserer Stadt und erbringt jeden Tag eine Integrationsleistung von unschätzbarem Wert: Ob „Soziales Lernen“, Kontakte knüpfen zwischen Sportlern aus verschiedenen Kulturen und Generationen, gesundheitliche Vorsorge und Rehabilitation, Stadtteilentwicklung, Talentförderung oder einfach nur Spaß an der Bewegung, all dies leistet insbesondere der organisierte Sport in Hamburg.	Die Grundlagen der Sportförderung in Hamburg sind der Sportfördervertrag, die entgeltfreie Nutzung der staatlichen Sportstätten sowie die kostenlose Überlassung städtischer Grundstücke an Vereine. Dies möchten wir beibehalten. Die Grundförderung über den Sportfördervertrag wollen wir über den Haushalt 2015/16 hinaus sicherstellen. Sport berührt die Hamburger Zivilgesellschaft auf unterschiedlichen Ebenen - die GRÜNEN	DIE LINKE versteht sich als Vertreterin des Breitensports. Ziel muss sein, beste Rahmenbedingungen für kostenloses oder zumindest kostengünstiges Sporttreiben in der gesamten Bevölkerung zu gewährleisten. Hierzu haben wir konkrete Vorstellungen in unserem Wahlprogramm formuliert, u.a. <ul style="list-style-type: none"> <li>• die Erhöhung der Pauschalförderung für den HSB, Verbände und Vereine</li> </ul>	Die FDP fordert die Beibehaltung der Förderung des gemeinnützigen Sports durch kostenlose Sportstättennutzung, kostenlose Überlassung staatlicher Flächen für Vereinsbauten sowie die Grundförderung des Hamburger Sportbundes und des Hamburger Fußballverbandes durch den Sportfördervertrag. Darüber hinaus fordert die FDP die Beteiligung des gemeinnützigen Sports an den Einnahmen aus der Sportwettenabgabe zu



Hamburger Sportbund

<p>mit dem HSB und dem Hamburger Fußballverband im Sportfördervertrag vereinbart.</p> <p>Die Autonomie des Sports ist uns sehr wichtig. Der Hamburger Sportbund, der Olympiastützpunkt Hamburg/Schleswig-Holstein und die Handelskammer Hamburg haben 2011 die Dekadenstrategie des Hamburger Sport vorgelegt, die in einzelnen Schritten bis 2020 in verschiedenen Themenfeldern den Sport in der Stadt voranbringen werden. Durch die Dekadenstrategie ist es gelungen, die Bedeutung des Sports für die gesellschaftliche Entwicklung durch die Querschnittsbedeutung hervorzuheben.</p>	<p>Um die dadurch entstehenden Kosten aufzufangen, wurden seit den 1950er Jahren bis zum Jahr 2007 gezielt Erträge aus dem Lottogeschäft an den Hamburger Sportbund (HSB) und den Hamburger Fußball-Verband (HFV) als zentrale Instanzen des organisierten Sports in unserer Stadt weitergeleitet. Aufgrund der Unvorhersehbarkeit und Schwankungsanfälligkeit wurde diese Finanzierungsgrundlage unter der dem allein regierenden CDU-Senat im Jahr 2007 auf eine neue, solidere und planungssichere Basis gestellt. Über den zwischen dem HSB, dem HFV und der für Sport zuständigen Fachbehörde ausgehandelten „Sportfördervertrag“ wurden seither</p>	<p>setzen sich dafür ein, dass die Stadt die ganze Bandbreite der Wirkung des Sports anerkennt und insbesondere dort fördert, wo die Eigenkräfte des Sports nicht stark genug sind. Die veränderten Aufgaben des Sportamts und die bestehende Fördersystematik betonen die Eigenständigkeit der Sportorganisation. Dies wurde vom HSB gewünscht, daran wird unsererseits nicht gerüttelt. Damit trägt der HSB aber auch einen großen Anteil am Erreichen der Förderziele. Über einen Bürokratieabbau und das Verschlimmern von bestehenden Strukturen wird nachzudenken sein. Das regelmäßige ehrenamtliche</p>	<ul style="list-style-type: none"><li>• den Ausbau der Sportstätten- und Schwimmhalleninfrastruktur und deren entgeltfreie Nutzung durch gemeinnützige Vereine</li><li>• eine Sanierungsoffensive von städtischen und vereinseigenen Anlagen insbesondere in benachteiligten Quartieren</li><li>• gezielte Ausweitung von Sportförderprogrammen für Kinder und Jugendliche sowie die Übernahme sämtlicher Kosten für Erwerbslose, Einkommensarme und deren Kinder durch die öffentliche Hand</li><li>• den Ausbau, Erhalt und Betrieb öffentlicher Sportflächen durch</li></ul>	<p>mindestens einem Viertel, sobald diese für Hamburg anfallen. Noch bevor die ersten Mittel fließen, sollen die entsprechenden Mechanismen geschaffen werden.</p>
---	---	---	---	--



	<p>Finanzmittel aus dem Hamburger Haushalt bereitgestellt. Als CDU stehen wir auch in Zukunft zu diesem Finanzierungsmodell. Während aber die Fördersummen einzelner Bereiche wie bspw. dem Leistungssport oder Integration und Inklusion seither moderat angehoben wurden, wurde die an HSB und HFV gezahlte Grundförderung quasi auf dem Niveau des Jahres 2007 eingefroren. Vor dem Hintergrund jährlicher personal- und inflationsbedingter Kostensteigerungen hat die ausgebliebene Anpassung der Grundfinanzierung seit 2007 zu einem permanenten Rückgang des realen Sportförderniveaus geführt. So sind zwischen 2007-2013 die</p>	<p>Engagement vieler Hamburgerinnen und Hamburger in Sportvereinen wollen wir auch mit der Einführung einer Ehrenamtskarte nach dem Vorbild Schleswig-Holsteins und Niedersachsens besser anerkennen. Mit der Karte sollen engagierte Bürgerinnen und Bürger besondere Angebote in Theatern, Museen oder Restaurants erhalten.</p>	<p>die Stadt</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Abbau der bürokratischen Hürden bei Hallen- und Platzzeiten</li><li>• Ausbau der allgemeinen Öffnungszeiten von Schulsportplätzen bis in die Abendstunden</li><li>• Schaffung neuer Stellen für Platzwarte und Hausmeister/-innen</li></ul> <p>Um die gesellschaftliche Bedeutung des Sports angemessen zu würdigen, fordert DIE LINKE zudem die Aufnahme des Sports als Staatsziel in die Hamburgische Verfassung.</p>	
--	--	--	--	--



	<p>Personalkosten um 13,9%, die Inflationskosten um 10% und insbesondere die Energiekosten um 27% gestiegen. Das ist aus Sicht der CDU nicht hinnehmbar.</p> <p>Damit der organisierte Sport auch in Zukunft seinen wichtigen Beitrag zur öffentlichen Daseinsvorsorge erbringen kann, müssen die städtischen Zuwendungen an HSB und HFV in Zukunft regelmäßig an die Tarif- und Inflationsentwicklung angepasst werden. Über die Höhe des zukünftigen Anpassungsbetrages ist im Rahmen der Fortführungsgespräche zum Sportfördervertrag Einvernehmen herzustellen.</p> <p>Dass der Sport all die erwähnten Leistungen erbringen kann, ist ohne den ehrenamtlichen</p>			
--	--	--	--	--



Hamburger Sportbund

	<p>Einsatz vieler Hamburgerinnen und Hamburger nicht denkbar. Dieses bürgerschaftliche, unentgeltliche Engagement ist der Kitt unserer Gesellschaft. Zur Stärkung des Ehrenamts im Sport werden wir uns daher für Steuer- vergünstigungen, bessere versicherungstechnische Regelungen, Weiterbildungsmöglichkeiten sowie Vergünstigen über eine Ehrenamts-Card einsetzen.</p>			
--	---	--	--	--

2. In der vergangenen Legislaturperiode ist mit der Dekadenstrategie ein Kompass für die Sportpolitik Hamburgs bis 2021 vorgelegt worden. Dieser wurde durch Senat und Bürgerschaft unterstützt und beschlossen.

*Welche Schwerpunkte sieht Ihre Partei in der Umsetzung der Dekadenstrategie in der kommenden Legislaturperiode und wie werden Sie diese finanzieren?*

<b>SPD</b>	<b>CDU</b>	<b>Grüne</b>	<b>Die LINKE</b>	<b>FDP</b>
Im Haushaltsplan 2015/16 sind Mittel für die zusätzliche Sanierung von bezirklichen und vereinseigenen Sportanlagen berücksichtigt. Damit wird die Erreichung des Dekadenziels 2 unterstützt. Für eine Optimierung des Schulschwimmens sowie für das Vereins- und Verbandschwimmen sind ebenfalls im Haushaltsplan 2015/2016 zusätzliche Mittel eingeplant. Damit wird die Erreichung des Dekadenziels 9 unterstützt. Darüber	Ein Dauerbrenner war, ist und bleibt die Sanierung der Sportstätten, mithin das Dekadenziel 2 „Investition in die Zukunft der Sportanlagen“. Die Sportstätten befinden sich entweder in Vereinshand oder, wie überwiegende Zahl, im Besitz der Stadt. Zwar hat die von der CDU im Jahr 2009 gestartete Sanierungsoffensive schon viel Gutes bewirkt. Dennoch bleibt weiterhin viel zu tun, um die in dem Bauzustandsbericht aus dem Jahr 2012 offengelegten Defizite	Besonders wichtig sind den GRÜNEN die Dekaden-Ziele - "Sport macht gesund", um die Breitenwirkung des Sports insbesondere bei Kindern und Jugendlichen zu erhalten; - "Sport macht Stadt", um leistungsfähige Sportorganisationen als Partner bei der Stadtentwicklung zu haben und - "Sport macht Stark", um allen gesellschaftlichen Schichten den Spaß an Bewegung zu ermöglichen	DIE LINKE erkennt an, dass mit der Dekadenstrategie zumindest schriftlich fixiert wurde, welche Stoßrichtung die Sportpolitik verfolgt. Gleichzeitig haben wir erhebliche Bedenken in Bezug auf viele inhaltliche Punkte. So kritisieren wir z.B. die einseitige Fixierung auf Event- und Hochleistungssportveranstaltungen, die in vielen Fällen und aufgrund begrenzter Mittel auf Kosten des Breitensports geht. Gleichzeitig gibt es - entgegen verschiedener Senatsverlautbarungen-	Die FDP fordert - wo sinnvoll - die Abbildung der Kennzahlen und Ziele der Dekadenstrategie im Haushalt der FHH. Auf diese Weise können die Fortschritte und Erfolge der Dekadenstrategie noch transparenter gemacht werden und die Begleitung durch alle Beteiligten wird erheblich erleichtert. Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass Hamburg seiner Verantwortung im Kampf gegen Doping gerecht wird, und die Nationale Anti-Doping-Agentur (NADA) durch Landesmittel



Hamburger Sportbund

<p>hinaus erfolgt durch den Neubau oder die Erneuerung von Schulsportstätten im Rahmen des Schulbauprogramms eine Unterstützung des Dekadenziels 2. Zugleich stehen Mittel im Haushaltsplan 2015/2016 für die Förderung von Nachwuchs- und Spitzensportlern sowie für bedarfsgerechte Infrastruktur im Bereich des Leistungssports (Dekadenziel 3) zur Verfügung. Wesentlicher Inhalt der Dekadenstrategie ist außerdem die Förderung von bedeutenden aber auch kleineren Sportveranstaltungen (Dekadenziel 4). Kontinuierlich wird die Entwicklung und Stärkung aller Bezirke durch gezielte Förderung von</p>	<p>im wahrsten Sinne des Wortes „abzubauen“. Wir werden darauf achten, dass das bisherige jährliche Sanierungsvolumen mindestens in gleicher Höhe dauerhaft von der Stadt bereitgestellt wird, um den Sanierungsstau bei Sportanlagen aufzulösen. Ein Nischendasein in der öffentlichen Wahrnehmung und der politischen Debatte fristet zudem der ökonomische Mehrwert, den der Sport in all seinen Facetten tagtäglich in Hamburg erbringt. So liegen aktuell keine belastbaren Zahlen zu der Frage vor, wie groß der gesamtwirtschaftliche Beitrag ist, der durch Sportlerinnen und Sportler, Sportvereine und –verbände, Sportwirtschaft und</p>	<p>- und die Dekadenziele zur Inklusion</p> <p>Die Finanzierung von einzelnen Dekadenzielen wird nicht gesondert erfolgen können, sondern aus der klugen Kombination vorhandener Finanzmittel zu leisten sein. Die GRÜNEN setzen sich für ein transparentes und behördenübergreifendes Finanzierungs-konzept zur Erreichung der Dekadenziele ein.</p>	<p>kaum Fortschritte in vielen Bereichen, u.a. Umwelt und Stadtteilentwicklung. Eine weitere Kritik ist, dass stadteigene, öffentliche Plätze in private Trägerschaft übertragen werden. Insgesamt bedarf es einer Überarbeitung der Dekadenstrategie sowie die Erarbeitung eines integrierten Sportentwicklungskonzeptes in Zusammenarbeit aller Akteure.</p>	<p>unterstützen - wie ursprünglich vorgesehen. Vor dem Hintergrund der integrativen Möglichkeiten des Sports fordert die FDP, dass in Hamburg in den kommenden Jahren weitere vollständig barrierefreie Sporthallen errichtet werden. Ziel ist es, dass bis zum Ende der Legislaturperiode eine solche Halle in jedem Hamburger Bezirk genutzt werden kann. Darüber hinaus wird die FDP die Etablierung der „Hamburg Top Ten“ als Serie regelmäßig wiederkehrender Sportgroßveranstaltungen, die Leistungs- und Breitensport im sogenannten „Hamburger Format“ verbinden, vorantreiben.</p>
---	---	---	--	---





Hamburger Sportbund

<p>Sportveranstaltungen auch außerhalb der Hamburger Premium-9flächen vorangetrieben. Mit der Erhöhung des Haushaltsplanansatzes um 50.000€ für den Inklusionssport wird das Dekadenziel „Sport für alle“ gezielt gestärkt.</p>	<p>Sportgroßveranstaltungen im Jahr erbracht wird. Dieser Aspekt ist auch im Dekadenziel 10 „Stadtgesellschaft in Bewegung“ nicht ausreichend berücksichtigt. Um die Sport- und Wirtschaftsförderung gemeinsam weiterzuentwickeln, sportbezogene Produkte und Dienstleistungen erfolgreicher anbieten und um potentielle Investoren noch stärker für eine Ansiedlung in unserer Stadt begeistern zu können, werden wir uns für die Auflage eines „Sportwirtschaftsberichts“ einsetzen. Ein weiteres wichtiges Thema ist die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Sportvereinen bei der Umsetzung und den Auswirkungen der</p>			
---	--	--	--	--



Hamburger Sportbund

	<p>ganztägigen Betreuung in den Schulen. Hier knirscht es zurzeit gewaltig. Um etwaigen Konflikten frühzeitig begegnen zu können, müssen Schul- und Vereinssportstätten in Zukunft gemeinsam geplant werden. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass der Behindertensport nicht nur während der Paralympischen Spiele, sondern alltäglich mehr Beachtung und Bedeutung erhält. Dies muss sich auch finanziell widerspiegeln.</p>			
--	--	--	--	--

3. Eine mögliche Bewerbung Hamburgs um Olympische und Paralympische Spiele wird im März 2015 vom DOSB entschieden.

*Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass die Sportvereine und -verbände von möglichen Olympischen und Paralympischen Spielen in Hamburg profitieren können?*

SPD	CDU	Grüne	Die LINKE	FDP
<p>Dies ist in der Dekadenstrategie Sport angelegt, mit der sich Hamburg fest im deutschen Sport positioniert hat. Sport wird bei einer Hamburger Bewerbung um Olympische Spiele und Paralympics zu einem wichtigen Thema in der Stadt. Der Mehrwert wird sich vor allem in der Entwicklung der Sportinfrastruktur zeigen. Die traditionellen Werte und die olympischen und paralympischen Grundgedanken, die Olympia verkörpert, werden darüber hinaus den Enthusiasmus der ohnehin schon</p>	<p>Die Bewerbung um die Austragung der Olympischen und Paralympischen Sommerspiele ist eine Jahrhundertchance für unsere Stadt. Für die über 800 Sportvereine und knapp 50 Sportverbände gilt dies in ganz besonderem Maße. Wettkampf- und Trainingsstätten würden auf einen Schlag modernisiert oder sogar neu entstehen. Davon würden Breiten- und Leistungssport in Hamburg noch in Jahrzehnten profitieren. Hinzu kommt, dass all dies mit großen Zuschüssen des Bundes, des Internationalen</p>	<p>Die Bewerbung Hamburgs wird nicht vom DOSB allein entschieden. Über eine Bewerbung entscheiden in erster Linie die Hamburgerinnen und Hamburger in einem Referendum. Diesen interfraktionellen Antrag haben die GRÜNEN in der Hamburger Bürgerschaft mit allen dort vertretenen Fraktionen - ausgenommen die Linke - mitgetragen. Von einer möglichen Bewerbung um olympische und paralympische Spiele sollen vor allem die Sporttreibenden in unserer Stadt profitieren: diejenigen</p>	<p>DIE LINKE lehnt als einzige in der Bürgerschaft vertretene Partei konsequent eine Bewerbung und Austragung Olympischer Spiele ab. Olympische Spiele der letzten Jahrzehnte haben zur Erkenntnis geführt, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• die Austragung fast immer einen negativen Effekt auf die Haushaltslage der Städte hatte; teilweise konnten die öffentlichen Schulden in Milliardenhöhe erst Jahrzehnte später getilgt werden</li> <li>• die tatsächlichen Kosten in allen</li> </ul>	<p>Die Investitionen der Stadt Hamburg für Olympische Spiele dürfen nicht auf Kosten der Vereine und Verbände gehen, sondern müssen zusätzliche Mittel für den Sport darstellen. Durch die erwartbar steigende Sportbegeisterung in Hamburg werden mutmaßlich viele Hamburger ihre Sportaktivität steigern - dies zu nutzen und den sportbereiten Hamburgern gute Angebote zu machen ist die Aufgabe der Vereine und Verbände selbst - da kann und darf sich die Politik nicht einmischen!</p>



Hamburger Sportbund

<p>sportbegeisterten Bürgerinnen und Bürger für den Sport weiter anfachen. Aber nicht nur die Sportentwicklung in Deutschland, sondern auch die Stadt Hamburg würde durch die Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Sommerspiele einen großen Sprung nach vorne machen und sich international neu positionieren. Von einer Stadtentwicklung, die die Vollendung des Sprungs über die Elbe und die Schaffung eines neuen Wohnquartiers zum Ziel hat, profitiert auch die Sportentwicklung und damit auch der organisierte Sport.</p>	<p>Olympischen Komitees (IOC) und privater Sponsoren finanziert würde. Viel Geld, das ansonsten nie nach Hamburg kommen würde. Damit dies gelingen kann, wird es ganz entscheidend darauf ankommen, dass, wenn Hamburg als deutsche Kandidatenstadt in das Rennen um die Olympischen und Paralympischen Spiele 2024 ins Rennen gehen darf, die Sportvereine und Sportverbände von Beginn an in sämtliche Planungen mit einbezogen werden. Außerdem muss die Nachhaltig- und Nutzbarkeit sämtlicher Trainings- und Wettkampfstätten stets mitgedacht und mit eingeplant werden. Das Mitdenken der sogenannten „Legacy“, also des</p>	<p>die sich vornehmen, bei den Spielen als Athletin oder Athlet dabei zu sein genauso, wie diejenigen, die sich von der Vorfreude auf das Ereignis zu eigenen Breitensportlichen Aktivitäten inspirieren lassen. Unser Wunsch ist es, die Bevölkerung unmittelbar an den Planungen zu beteiligen, um den Mehrwert für alle Bevölkerungsschichten sicherzustellen. Die Sportvereine und ihre Mitglieder können dann am meisten von möglichen olympischen und paralympischen Spielen profitieren, wenn sie frühzeitig und umfassend am Projekt Olympia beteiligt werden und ihre Vorstellungen in den Planungsprozess einbringen können. Dies möchten die GRÜNEN sicherstellen.</p>	<p>Fällen bei weitem die kalkulierten Kosten überstieg; teilweise mit Abweichungen von bis zu 1400%</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• mit der Austragung der Spiele die Verdrängung von Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen aus angestammten Wohnverhältnissen einhergeht</li><li>• eine erhebliche Zunahme von Umweltbelastungen; Verkehrsaufkommen, usw. festzustellen war</li><li>• und kaum Breitensportliche Wirkungen erzielt wurden.</li></ul> <p>Von Olympischen Spielen profitieren in erster Linie Hotellobby, Großunternehmen und PR-Agenturen und vor allem das Internationale</p>	<p>Das weitere Vorantreiben der Dekadenstrategie zur Vorbereitung auf Olympische Spiele in Hamburg beinhaltet zahlreiche Maßnahmen, von denen nicht zuletzt Vereine und Verbände direkt profitieren und in der Vergangenheit bereits profitiert haben. Die FDP möchte die Dekadenstrategie konstruktiv unterstützen und wird weiter Vorschläge für ihre Weiterentwicklung machen.</p>
--	---	---	---	---



Hamburger Sportbund

	<p>Vermächtnisses nach den Spielen, war und ist einer der Schlüsselfaktoren, warum die Menschen in London auch nach den Spielen 2012 langfristig davon profitieren werden.</p>		<p>Olympische Komitee selbst, während die Rechnung den Steuerzahler/-innen aufgebürdet wird. Die enormen Kosten für die öffentliche Hand bei gleichzeitigem Greifen der Schuldenbremse werden zwangsläufig zu Kürzungen in der sozialen und Breitensportlichen Infrastruktur führen. Deshalb plädiert DIE LINKE dafür, die Pläne sofort zu stoppen und die für eine Bewerbung vorgesehenen 50 Millionen in den Breitensport zu investieren.</p>	
--	--	--	---	--

4. Neben den Schulen sind die Sportvereine die Hauptnutzer der Schulsporthallen in Hamburg. Die Sporthallen werden von Schulbau Hamburg betreut. Bei Bau und Sanierungen von Sporthallen ist es derzeit nicht möglich, Vereinsbedarfe zu berücksichtigen, da hierfür kein Auftrag für Schulbau Hamburg besteht und insbesondere keine finanziellen Mittel bereitstehen.

*Wie stellt Ihre Partei sicher, dass die Vereinsbedarfe zukünftig in die Schulbauplanung integriert werden?*

<b>SPD</b>	<b>CDU</b>	<b>Grüne</b>	<b>Die LINKE</b>	<b>FDP</b>
Wir wollen die Zusammenarbeit von Schule und Sportvereinen verbessern und stärken. Schulen sollen sich künftig stärker dafür einsetzen, Vereinsbedarfe bei der Planung von Schulsporthallen regelhaft und systematisch frühzeitig zu berücksichtigen. Dazu gehören neben der Einbeziehung baulicher Anforderungen auch Anpassungen der Angebote an Zeiten des Ganztagschulwesens an die Bedarfe aller sportlichen Nutzer. Wir haben in der	Der Ausbau von Ganztagschulen und Angeboten ganztäglicher Bildung wirkt sich unmittelbar auf die Arbeit der Sportvereine vor Ort aus. Ganztagschulen und Sportvereine dürfen hierbei allerdings nicht als Gegensätze angesehen und gegeneinander ausgespielt werden. Vielmehr gilt es, die Chancen, die sich auch den Sportvereinen eröffnen, zu nutzen. Wir setzen uns daher für die Organisation „Runder Tische“ im Umfeld von Ganztagschulen ein,	Die Bauplanungen müssen im jeweiligen Quartier frühzeitig bekannt gemacht und den lokalen Interessenvertreter/innen die Gelegenheit gegeben werden, die Vorplanungen zu verändern und ggf. passende Finanzierungsmodelle zu erarbeiten. Viele Anpassungen an die standortbezogenen Bedarfe lösen nur geringe Mehrkosten aus und können im Einzelfall seitens der Stadt getragen werden. Neben Baumaßnahmen ist es ein Anliegen der GRÜNEN, auch im laufenden Betrieb die	Eine enge konzeptionelle Verzahnung von Schulbau- und Vereinsbedarfen ist dringend notwendig. Durch die begrenzten Mittel ist es derzeit schwierig, verschiedene Interessen in Einklang zu bringen. Dies muss sich mittelfristig ändern. Hierzu gehört, Bedarfe effizient zu ermitteln, Mittel zu erhöhen bzw. umzuschichten und dort Kapazitäten bereitzustellen, wo sie benötigt werden.	Es erscheint unsinnig, bei der Sanierung von Schulsporthallen die Interessen von Vereinen, die die Hallen ebenfalls nutzen, nicht zu berücksichtigen. Da die verwendeten Mittel aber, wie vom HSB richtig dargestellt, für den Schulbau verwendet werden müssen, ist die Frage der Umsetzung eine Frage des Dialoges vor Ort.



Hamburger Sportbund

<p>Aufsichtsratsstruktur Änderungen vollzogen (Sportstaatsrat im Aufsichtsrat von SBH) und werden die Verwaltungsabläufe bzgl. der Vereinsbedarfe im Dialog mit SBH und dem Sport weiter optimieren.</p>	<p>um Konflikte zu vermeiden und gemeinsam tragfähige Perspektiven zu entwickeln. Hierfür muss die Expertise von Fachorganisationen wie dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) gezielt genutzt werden. Zudem bedarf es einer integrierten Planung von Schul- und Vereinssportstätten.</p>	<p>Zusammenarbeit zwischen dem Eigentümer der Sportstätten, ggf. dem Mieter und den Nutzer/innen zu optimieren. Die mit hohen Kosten erstellte Infrastruktur sollte bewegungswilligen Hamburgerinnen und Hamburgern möglichst umfassend in einem gut gepflegten Zustand zur Verfügung stehen.</p>		
--	---	---	--	--



5. Der Bundesrat hat einer Initiative des Hamburger Senats zur Einführung einer Länderöffnungsklausel in die Sportanlagenlärmschutzverordnung (SALVO) zugestimmt. Der Vorgang liegt derzeit bei der Bundesregierung zur Prüfung und Entscheidung.

*Wie setzt sich Ihre Partei für eine Entscheidung im Sinne des Sports auf Bundesebene ein und wie würden Sie eine Länderöffnungsklausel für Änderungen in Hamburg nutzen?*

<b>SPD</b>	<b>CDU</b>	<b>Grüne</b>	<b>Die LINKE</b>	<b>FDP</b>
Da die Sportanlagenlärmschutzverordnung (18. BImSchV) bislang keine Privilegierung des Sportlärms ähnlich dem Kinderlärm vorsieht, ist diese Verordnung reformbedürftig. Der Hamburger Senat hat hierzu erfolgreich eine Bundesratsinitiative gestartet. Der HSB hat diesen Antrag auf Ebene der Konferenz der Landessportbünde intensiv begleitet. Der Bundesrat hat daraufhin am 11. Juli 2014 eine Verordnungsinitiative zur Änderung der 18. BImSchV, Einfügung	Sport und hier insbesondere der Freizeit- und Breitensport haben eine überragende Bedeutung für unsere Gesellschaft und das Leben in Hamburg. Sport ist die größte Bürgerbewegung Hamburgs. Deswegen halten wir es ganz bewusst mit einem Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Münster: „Lärm, der von sportlich Aktiven ausgeht, ist grundsätzlich allen Menschen zumutbar. Wer Sportlärm als lästig empfindet, hat selbst	Die GRÜNEN unterstützen das Anliegen, eine Länderöffnungsklausel in die Sportanlagenlärmschutzverordnung aufzunehmen – das Regierungshandeln im Bund können wir bis 2017 aber nicht unmittelbar beeinflussen. Wir fordern CDU und SPD im Bund auf, die Entschließung des Bundesrates zügig umzusetzen. Die Inhalte landesspezifischer Regelungen, beispielsweise zum Altanlagenbonus, sollten unter Beteiligung	Die Sportanlagenlärmschutzverordnung liegt im Kompetenzbereich des Bundes. Zwar gibt es einen Altanlagenenschutz, der weitgehend vom (aus unserer Sicht zu niedrig angesetzten) Immissionsrichtwert befreit. Allerdings fallen immer weniger Anlagen unter diesen Schutz, da durch Sanierungs-, Neubau- und Erweiterungsmaßnahmen der Altanlagenchutz erlischt. Träger und damit Nutzer/-nnen dieser Altanlagen werden so künstlich vor	Die FDP setzt sich grundsätzlich dafür ein, dass Sportlärm ähnlich wie Kinderlärm behandelt wird und befürwortet die umfassende Anwendung der Länderöffnungsklausel in Hamburg, sobald möglich.





Hamburger Sportbund

<p>einer Länderöffnungsklausel, beschlossen. Darüber hinaus hat das Landessportamt das Thema in wichtigen bundesländerübergreifenden sportfachlichen Gremien, wie z. B. der Sportreferenten- und der Sportministerkonferenz der Bundesländer parallel engagiert vorangetrieben. Die Sportministerkonferenz hat die Hamburger Initiative Anfang November 2014 mit einem entsprechenden Beschluss unterstützt. Zudem hat Hamburg seine diesbezügliche Gesetzgebungskompetenz auf Landesebene ausgeschöpft: Das Hamburgische Lärmschutzgesetz wurde dahingehend ergänzt, dass durch Sport hervorgerufene</p>	<p>eine falsche Einstellung zu Sport.“ Doch auch wenn diese Erkenntnis von der großen Mehrheit der Bevölkerung geteilt wird, lassen sich Konflikte zwischen Sporttreibenden und Anliegern um Flächennutzungen und Geräuschpegel nicht komplett zu verhindern. Dabei ist ein gedeihliches Miteinander von Gesellschaft und Sport außerordentlich wichtig und aufwendig zugleich. Komplette geräuscharm wird der Sport allerdings nie sein. Daher betonen wir ausdrücklich: Hamburg ist eine Sportstadt. Um diesem Anspruch Rechnung zu tragen, haben wir die vom Bundesland Hamburg angestrebte Länderöffnungsklausel bei der Sportanlagenlärmschutzverordnung</p>	<p>der Sportverbände erarbeitet werden. Die GRÜNEN wollen sicherstellen, dass Sport in Wohngebieten stattfinden kann.</p>	<p>das Dilemma gestellt, entweder mittlere und größere Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen nicht anzugehen oder Konflikte über möglichen Lärm mit anderen Akteuren auszufechten. Dies ist betroffenen Vereinen nicht zuzumuten. DIE LINKE misst dem Sport enorme gesellschaftliche Bedeutung zu. Deshalb darf aus unserer Sicht Sportlärm –ähnlich wie zum Beispiel Kita-Lärm- nicht restriktiven Beschränkungen unterworfen werden. Hier ist der Senat aufgerufen, weiterhin auf Bundesebene Druck auszuüben, um eine für alle Seiten zufriedenstellende Lösung zu erarbeiten. Die Nutzung einer etwaigen Öffnungsklausel ist für Hamburg</p>	
---	---	---	--	--



Hamburger Sportbund

<p>Geräusche privilegiert werden. Zusammen mit dem Landessportamt hat die BSU hierzu ein Merkblatt für die Bezirksämter mit Hinweisen zu der Frage entwickelt, bei welchen Veränderungen einer Sportanlage der Altanlagenbonus in der Regel erhalten bleibt. Wir befürworten ausdrücklich diese sportpolitischen Akzente, die zur Verbesserung der Situation der Sportvereine im Spannungsfeld Sport und Lärm führen werden.</p>	<p>(SALVO) ausdrücklich unterstützt. Diese sollte sich unserer Ansicht nach auch auf Mischflächen, die zwischen Sport- und Spielplatz rangieren, strecken. Deswegen würden wir uns in Hamburg dafür einsetzen, dass die Länderöffnungsklausel Bolzplätze, Skate- und Basketballanlagen angewendet wird.</p>		<p>als Stadtstaat und vor dem Hintergrund zahlreicher Konflikte unausweichlich.</p>	
--	---	--	---	--

6. In seinem politischen Programm „Unsere Ziele 2014-2018“ fordert das HSB Präsidium eine bedarfsgerechte, betriebskosten- und entgeltfreie Nutzung der staatlichen Sportanlagen, auch in den Schulferien und für den Punktspielbetrieb der Verbände.

*Wie stellen Sie sicher, dass auch zukünftig Hamburger Sportvereine und –verbände ihre gesellschafts-, jugend-, gesundheits- und bildungspolitischen Funktionen durch entgeltfreie Nutzung städtischer Sportanlagen erfüllen können?*

<b>SPD</b>	<b>CDU</b>	<b>Grüne</b>	<b>Die LINKE</b>	<b>FDP</b>
Wir setzen uns für den Erhalt der Gebührenfreiheit der Nutzung von Sportanlagen ein. Eine optimale Nutzung und Auslastung der Sportstätten soll von den Sportvereinen anhand von Bedarfsanalysen und einer gerechten, bedarfsorientierten Verteilung gewährleistet werden.	Sport ist ein zentrales Element der öffentlichen Daseinsvorsorge. Staatliche bzw. städtische Sportstätten müssen daher auch in Zukunft entgeltfrei zur Verfügung gestellt werden.	Die GRÜNEN setzen sich für eine Fortführung der entgeltfreien Nutzung durch gemeinnützige Sportorganisationen ein. Auch in Schulferien sollte die Nutzung der Sportstätten grundsätzlich möglich sein. Die Ursachen, warum die im Grundsatz bereits bestehende Regelung nicht zur allseitigen Zufriedenheit umgesetzt wird, sind zu benennen und abzustellen.	DIE LINKE hat die damaligen Pläne des schwarz-grünen Senates, die eine Gebührenerhebung bzw. –erhöhung vorsahen, massiv kritisiert. Die kostenfreie Nutzung staatlicher Anlagen ist ein fester Grundsatz in unserem Wahlprogramm.	Siehe Antwort auf Frage 1. (Sportfördervertrag / Sportwettenabgabe)

7. In Hamburg gibt es 420 Vereinssportstätten mit 1100 Einzelsportanlagen und Vereinshäusern, die sich im Besitz von 240 Vereinen befinden. Damit halten die Vereine eine unverzichtbare Infrastruktur für die Bevölkerung vor. Die Vereine übernehmen Verantwortung für die Sportstättenentwicklung und investieren in ihre Anlagen: In den Jahren 2013 und 2014 jeweils rund 6 Mio. €, in 2014 ist ein noch höherer Wert zu erwarten.

*Wie plant Ihre Partei eine Unterstützung der Investitionsvorhaben der Vereine?*

SPD	CDU	Grüne	Die LINKE	FDP
Um den Finanzierungsbedarfen der Vereine von städtischer Seite besser gerecht zu werden, wurden neue Förderoptionen für vereinseigene Sportanlagen geprüft. Im Bereich Ressourcen- und Klimaschutz gibt es bereits Programme der IFB, von denen regelmäßig auch Sportvereine profitieren. Um künftig weitere Finanzierungsmöglichkeiten für Baumaßnahmen auf Sportrahmenvertragsflächen zu ermöglichen,	Die Vereine sind das Rückgrat der Sportentwicklung in unserer Stadt. Als CDU setzen wir uns daher auch in Zukunft für die weitere Modernisierung, Sanierung und eine auskömmliche Finanzierung der von Vereinen (und Bezirken) bewirtschafteten Sportstätten ein. Ohne ein gleichermaßen strategisches wie innovatives Vorgehen kann dies nicht gelingen. Neben der Fortsetzung der Sanierungsoffensive werden wir deshalb die	Die bestehende Förderung möchten die GRÜNEN fortführen und durch eine besondere Berücksichtigung bei Sonderinvestitionsprogrammen ergänzen. Die GRÜNEN sehen die stark frequentierten Vereinssportstätten als beispielgebende Multiplikatoren für umwelt- und energiesparende Bau- und Betriebstechniken. Vor allem die energetische Sanierung von Sportanlagen soll wieder besonders gefördert werden.	DIE LINKE fordert neben der Erhöhung der Investitionssumme für öffentliche Anlagen den nachhaltigen Ausbau der Finanzmittel für den Bau und die Sanierung von vereinseigenen Sportstätten. Begrenzte Mittel dürfen nicht in prestigeträchtige Events oder Spitzensportveranstaltungen ausgegeben werden. Durch den Verzicht auf bspw. eine Kombirennbahn in Horn und auf einen Großteil von Bewerbungen für rein spitzensportlich	Die FDP sieht die Notwendigkeit des Abschlusses der Untersuchungen zur Feststellung der Höhe des Sanierungsbedarfes der vereinseigenen Anlagen, damit öffentliche Gelder, z:B. aus dem Sanierungsfonds, möglichst zielgerichtet verwendet werden können.



Hamburger Sportbund

<p>haben wir uns für die Bereitstellung von Landesbürgschaften für Vereine eingesetzt, die in ihre Infrastruktur oder den Neubau von Vereinsheimen investieren wollen. Diese Zielrichtung unterstützen wir weiterhin durch die Etablierung eines entsprechenden Förderprogramms im Rahmen des IFB-Gesetzes.</p>	<p>Arbeitsgemeinschaft „Sportstätten“ der Sportministerkonferenz auffordern, ein Sofortprogramm zur Sportstättenanierung aufzulegen. Dieses wird sich zu einem Teil sogar selbst finanzieren, denn alleine durch eingesparte Energiekosten werden nach einer Prognose des DOSB 22 Prozent der Sanierungskosten gedeckt.</p>		<p>orientierte Großevents wäre eine Erhöhung der Zuwendungen in vereinseigene Anlagen ohne Probleme möglich.</p>	
---	---	--	--	--

8. Die öffentlich geförderten Schwimmzeiten in Hamburg sind für Sportvereine nicht annähernd bedarfsgerecht. Kostensteigerungen werden von Bäderland auf die Vereine durch sinkende Nutzungszeiten umgewälzt. Bäderland beansprucht ein wirtschaftlich lukratives Exklusivrecht beim Anfängerschwimmen, was zu einer verspäteten leistungssportlichen Sichtung führt. Viele Sportvereine haben lange Wartelisten, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, die deswegen nicht im Verein schwimmen können.

*Welche Lösungsmöglichkeiten sehen Sie, dass in Hamburg zukünftig ausreichende Wasserzeiten und –flächen für den Vereinssport zur Verfügung stehen?*

<b>SPD</b>	<b>CDU</b>	<b>Grüne</b>	<b>Die LINKE</b>	<b>FDP</b>
Die Bedarfe an und die Verteilung von Schwimmzeiten werden turnusmäßig gemeinsam mit den Vereinen analysiert. Neben dem Ziel, dass jedes Kind schwimmen lernt, sollen auch für Breiten- und Wettkampfsportangebote weiterhin ausreichend Zeiten zur Verfügung stehen. Sofern zusätzliche Bedarfe entstehen, besteht kurzfristig die Möglichkeit, die Nutzungsmöglichkeiten	Verschiedene Akteure beanspruchen und verdienen Wasserzeiten in Schwimmbädern für ihre jeweiligen Zwecke. Das sind der Hamburger Schwimmverband (HHSV), die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), der Hamburger Tauchsportbund (HTSB), der Hamburger Triathlonverband (HTV) und der Behinderten und Rehabilitationsverband (BRSH). Etwa 70 Prozent aller verteilten Wasserzeiten	Die aktuell bereitgestellten Wasserzeiten sind zu knapp. Gemeinsam mit den interessierten Verbänden und Organisationen sind die verschiedenen Bedarfe neu zu bewerten. Die GRÜNEN sind für eine Vielzahl von Schwimmernangeboten von unterschiedlichen Trägern.	Wir haben mehrfach darauf aufmerksam gemacht, dass die Schwimmkapazitäten seit Jahren ungenügend sind. Dies macht sich insbesondere in sozial benachteiligten Stadtteilen bemerkbar: Konnten bis vor wenige Jahre annähernd 80 bis 100% der Grundschul Kinder im gutsituierten Volksdorf schwimmen, sind es in benachteiligten Quartieren wie Billstedt oder Wilhelmsburg an einzelnen Schulen nicht	Der Konflikt um die Wasserzeiten in Hamburg soll, wenn irgend möglich, im Dialog mit allen Beteiligten gelöst werden. Die FDP setzt sich daher dafür ein, dass der „Runde Tisch Wasserzeiten“, der im Jahr 2013 das letzte Mal getagt hat, wieder zusammentritt. Eine weitere Einschränkung der Wasserzeiten, die für Schwimmbadbesucher zur Verfügung stehen, lehnt die FDP aber ab.



Hamburger Sportbund

<p>in den Ferienzeiten zu erhöhen bzw. den derzeit vereinbarten Vergabeschlüssel in Absprache mit den Vereinen anzupassen. Hierzu besteht ein regelmäßiger „Runder Tisch“ unter Beteiligung der Vereine, des HSB und des Landes-sportamtes, der zuletzt am 14.01.2015 getagt hat.</p> <p>Wir werden weiterhin die dafür Sorge tragen, dass die ganzjährig in Hamburg zur Verfügung stehenden Wasserflächen nicht verringert werden. Im Zuge der Stadt-entwicklung und der Nachverdichtung von Wohngebieten werden wir zusammen mit Bäderland vor dem Hintergrund des Bäderkonzeptes prüfen, inwiefern standort-bezogen eine Erweiterung der nutzbaren</p>	<p>entfallen hierbei auf den Schwimmverband und die durch ihn repräsentierten Vereine. Um die weiterhin hohe Nachfrage der Vereine und die begrenzten Kapazitäten in Einklang zu bringen, bedarf es verschiedener Maßnahmen. Kooperationen der Vereine untereinander und mit Umland-gemeinden müssen verstärkt werden. Auch muss geprüft werden, ob durch Sanierungen oder Neubauten das Kontingent insgesamt erweitert werden kann. Ferner müssen die Möglichkeiten ausgeweitet werden, Wasserzeiten bei anderen als den städtischen Anbietern Wasserzeiten zu mieten. Dazu zählen u.a. Bundeswehr-schwimmhallen.</p>		<p>einmal 5%. Deshalb fordert DIE LINKE umgehend eine Offensive für den Ausbau der Schwimmkapazitäten z.B. durch den Um- bzw. Neubau weiterer Hallen gerade dort, wo dringend benötigt. Hierzu ist eine frühzeitige Einbeziehung von Sportverbänden und vor allem der Vereine zur Erarbeitung konkreter stadtteil- und personen-gruppenorientierter Angebote notwendig.</p>	
---	--	--	---	--



Hamburger Sportbund

Wasserfläche vollzogen werden kann.				
--	--	--	--	--



9. Die Bevölkerungszahl Hamburgs wächst. Der Wohnungsbau wird in Hamburg vorangetrieben. Neue Bewohner möchten ebenfalls Sport treiben.

*Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass für die wachsende Bevölkerung Hamburgs ausreichend Sportflächen zur Verfügung stehen?*

<b>SPD</b>	<b>CDU</b>	<b>Grüne</b>	<b>Die LINKE</b>	<b>FDP</b>
Der Sport hat eine bedeutende Querschnittsfunktion auch in Hinblick auf Lebensqualität und Stadtplanung. Wir wollen eine wohnortnahe Versorgung von Bewegungsflächen sicherstellen. Die Wohnungsbauoffensive und die damit einhergehende Innenverdichtung der Stadt erfordern besondere Anstrengungen für den Erhalt von Sportflächen. Hierfür wird aktuell im Landessportamt eine Globalrichtlinie erstellt, die den Erhalt bzw. die	Sinkende Einwohnerzahlen, eine Überalterung der Gesellschaft, vielfältigere Lebensentwürfe und ein steigender Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund werden die Sportentwicklung in den kommenden Jahrzehnten in ganz Deutschland vor gewaltige Herausforderungen stellen. Doch im Gegensatz zu den allermeisten Städten und Bundesländern wird die Einwohnerzahl Hamburgs dank der Anziehungskraft auf	Hamburgs Bevölkerungszahl wird in den kommenden Jahren steigen. Die GRÜNEN werden gemeinsam mit den interessierten Organisationen prüfen, welcher Mehrbedarf an Sportstätten sich daraus ergibt. Neben dem Zuzug von Menschen sind dabei insbesondere die Auswirkungen des demografischen Wandels und die veränderte Nachfrage nach bestimmten Sportangeboten zu berücksichtigen.	Grundsätzlich ist ein Bestandsschutz für Sportanlagen nötig. Uns ist dennoch bewusst, dass es vor dem Hintergrund der zunehmenden Wohnungsnot zu Konflikten um die anderweitige Nutzung insbesondere weniger genutzter Sportflächen zugunsten des Wohnungsbaus kommen kann. Deshalb fordern wir, dass – unabhängig von der Trägerschaft der Plätze – möglichst in der Nähe Ausgleichsflächen ohne (finanzielle) Nachteile für Vereine und Sporttreibende	Vor dem Hintergrund der Flächenakquise für den Wohnungsbau sieht die FDP die Verdrängung und Zusammenlegung von Sportflächen aus gewachsenen Stadtteil- und Quartiersstrukturen kritisch. Die FDP fordert daher die Erarbeitung eines strategischen Gesamtkonzeptes „Sport in der Quartiers- und Stadtteilentwicklung“, um die Entwicklung der Sportflächen in Hamburg besser in die Stadtentwicklung einzubetten. Das Konzept soll insbesondere folgende



<p>Aufwertung von Sportflächen bei Überbauung vorhandener Flächen vorgibt. Aktuell werden bezirkliche Rahmenpläne zu Quartiersentwicklungen erarbeitet, wie z. B. die Entwicklungen der Rahmenpläne Steilshoop und Wilhelmsburg unter Einbeziehung der betroffenen Sportvereine. Wir unterstützen den organisierten Sport außerdem darin, seine stadtplanerischen Vorstellungen bei der Gestaltung von Bewegungsflächen einzubringen. Hamburg hat endlich wieder in die Sporthallen und -plätze investiert. Wir sind den Sanierungsstau angegangen. Viele Vereine freuen sich</p>	<p>ländliche Gebiete in den kommenden Jahren sogar leicht ansteigen. Auch der Anteil junger Menschen wird nur verhältnismäßig leicht sinken. Diesen demografischen Rückenwind gilt es zu nutzen. Wir müssen den Sport in unserer Stadt wissensbasiert und zukunftssicher weiterentwickeln. Bei der Sportentwicklungsplanung der Zukunft setzen wir daher verstärkt auf kleinere, flexibel und multifunktional nutzbare Sportanlagen, auf einen Ausbau der Sporträume und die gezielte Umwidmung von Örtlichkeiten wie beispielsweise alten Bundeswehrstandorten. Zugleich werden wir die Zusammenarbeit mit den angrenzenden Kreisen und Gemeinden in Niedersachsen und</p>		<p>angeboten werden. Die Gestaltung der Plätze und Nutzungszeiten muss sich an den Bedürfnissen der Nutzer/-nnen orientieren. Durch die zunehmende Bevölkerungszahl ist es allerdings schon jetzt nötig, weitere Sportflächen zu schaffen. Bereits jetzt gibt es bspw. bei Sport- und Turnhallen kaum bis keine freien Kapazitäten mehr. Deshalb fordern wir den Aus- und Neubau weiterer Sportflächen</p>	<p>Aspekte berücksichtigen:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Orientierung des Sportflächenangebot es am Bedarf, um wohnortnahe Angebote von Sportflächen flächendeckend zu gewährleisten</li><li>• Sicherung des derzeitigen Sportflächenbestandes es sowie des Flächenbestandes an öffentlich zugänglichen Kleinspielfeldern („Bolzplätze“) als Bewegungs- und Treffpunkte der Jugend und Bereitstellung ortsnaher Ausgleichsflächen zur Kompensation bei unvermeidbar</li></ul>
---	---	--	--	--



Hamburger Sportbund

<p>über sanierte oder neue Plätze und Anlagen. Wir haben über Mittel des Sanierungsfonds (4,4 Mio. Euro) zusätzliche Investitionen in die Sportinfrastruktur ermöglicht. Wir werden weiter in die Sportinfrastruktur investieren und die Instandsetzungsoffensive für Sportplätze auch in den nächsten Jahren fortsetzen. Wir setzen die Sanierungsoffensive in die Sportinfrastruktur sowie Neubau und Sanierung der Schulsporthallen in den Jahren 2015-2019 fort.</p>	<p>Schleswig-Holstein deutlich ausbauen. Durch diese Maßnahmen werden wir sicherstellen, dass der Sport auch weiterhin zu einer hohen Lebens- und Wohnumfeldqualität in Hamburg beitragen kann.</p>			<p>notwendigem Wegfall von Sportflächen</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Erfassung des derzeitigen Schulsporthallenbestandes</li><li>• Frühzeitige Einbeziehung der betroffenen Sportvereine, Schulen und Anwohner bzw. weiterer Nutzer von Sportflächen sowie der jeweils betroffenen Bezirksversammlungen und -verwaltungen bei Verlagerungen von Sportflächen</li></ul> <p>Die FDP fordert darüber hinaus, den Erhalt dezentraler Sportanlagen</p>
--	---	--	--	--



Hamburger Sportbund

				grundsätzlich der Schaffung zentraler Sportparks vorzuziehen.
--	--	--	--	---

10. Der organisierte Sport hat auf der HSB-Mitgliederversammlung 2014 den Aktionsplan „Inklusion und Sport“ beschlossen. Der Aktionsplan definiert Handlungsfelder, Maßnahmen und Zuständigkeiten bis zum Jahre 2019. Ziel ist es, die Vereine und Verbände für das Thema Inklusion und Sport zu sensibilisieren, die sportfachliche Arbeit zu systematisieren und die Angebotspalette des Sports zu verbreitern.

*In welcher Form werden Sie die inklusiven Angebote des Sports unterstützen?*

<b>SPD</b>	<b>CDU</b>	<b>Grüne</b>	<b>Die LINKE</b>	<b>FDP</b>
Das Landessportamt und der HSB stehen in engem Austausch mit dem Inklusionsbüro und der Senatskoordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen. In der letzten Legislatur haben wir mit Mitteln aus den Sanierungsfonds den Bau einer bundesweit ersten vollständig barrierefreien Sporthalle ermöglicht. Zudem wurden beim Umbau der ehemaligen Blumenhalle (igs) inklusive bauliche Anforderungen berücksichtigt. Diesen	Die sportliche Betätigung von Menschen mit Behinderung gerät viel zu oft aus dem Fokus der Sportpolitik. Dabei erbringen auch und gerade die Sportlerinnen und Sportler mit Handicap überragende Leistungen. Daher setzen wir uns dafür ein, dass der Behindertensport nicht nur während der Paralympischen Spiele, sondern alltäglich mehr Beachtung und Bedeutung erhält. Aufbauend auf der	Die GRÜNEN setzen sich seit langem für die inklusive Teilhabe von Menschen im Sport ein. Die politischen Organe der Stadt sollten die Umsetzung des HSB-Aktionsplanes intensiv begleiten und gemeinsam mit den interessierten Organisationen Betriebs- und Finanzierungsmodelle entwickeln.	DIE LINKE unterstützt den Aktionsplan des HSB. Dennoch sind die aktuellen Mittel des Senates für den Bereich der Sportinklusion zu niedrig. Deshalb ist unbedingt eine spürbare Aufstockung der Mittel nötig.	Die FDP bekennt sich zu den Zielen der UN-Behindertenrechtskonvention und unterstützt die Umsetzung der Inklusion. Vor diesem Hintergrund begrüßt die FDP den von den im HSB organisierten Sportvereinen und -verbänden vorgelegten Aktionsplan. Die Vereine und Verbände sind unabhängig und sollen es auch bleiben - die Politik kann diesen aus dem Sport heraus angestoßenen Prozess nur begleiten, die Umsetzung erfolgt



Hamburger Sportbund

<p>Weg wollen wir weiter beschreiten. Wir setzen uns für die Fortführung der begonnenen Maßnahmen und den weiteren Ausbau der Fördermaßnahmen ein. Dazu haben wir beispielsweise zum Haushalt 2015/16 finanzielle Anreize in Höhe von zusätzlichen 50.000€ für die Verstetigung der Inklusionsbemühungen im Sport geschaffen.</p>	<p>Entwicklung der vergangenen Jahre gilt es, die Anstrengungen zur Förderung des Behindertensports deutlich auszuweiten. Das geht bei der auszuweitenden Bereitstellung von barrierefreien Wettkampf- und Trainingsstätten los und endet bei einer öffentlichen Bewusstseinsbildung, beispielsweise durch Ausrichtung von Inklusions-Sport-Events im Herzen der Stadt.</p>			<p>durch den Sport selbst. Unterstützen kann die Politik vor allem bei der Umsetzung der Barrierefreiheit von Sportanlagen - siehe auch Antwort zu Frage 11.</p>
---	---	--	--	--

11. Vor dem Hintergrund der UN-Behindertenrechtskonvention steht auch der Sport vor der Aufgabe das Thema Inklusion weiter voranzutreiben. Wichtige Voraussetzung ist die barrierefreie Zugänglichkeit von Hallen. Der Aktionsplan „Inklusion und Sport“ fordert pro Bezirk je eine barrierefreie Großfeld- und Kleinfeldhalle, die für den Behindertensport und inklusive Angebote genutzt werden könnten.

*Wie wird Ihre Partei diese Forderung gegenüber Schulbau unterstützen und ggf. finanzieren?*

<b>SPD</b>	<b>CDU</b>	<b>Grüne</b>	<b>Die LINKE</b>	<b>FDP</b>
Wir stärken den Behindertensport und den Inklusionssport. In Alsterdorf haben wir die erste vollständig barrierefreie Sporthalle gefördert. Bei allen Neubauten werden wir auf Barrierefreiheit achten. In jedem Bezirk wollen wir eine barrierefreie Sporthalle errichten. Vor dem Bau der Hallen steht für die FHH die Förderung von Projekten zur Inklusion, um die Hallen wohnortnah auch mit Nutzern füllen zu können.	Die Umsetzung des Inklusionsgedankens im Schulalltag ist ein Mammutprojekt, auch in baulicher Hinsicht. Dieses Großprojekt kann allerdings nur durch ein Mit- statt einem Gegeneinander aller Akteure gemeistert werden. Der Staat bzw. die Stadt kann dies nicht alleine schaffen. Vielmehr bedarf es der engen Zusammenarbeit von Schulen, Schulbau Hamburg, den Sportvereinen, dem organisierten Sport und privaten Trägern. Diese Akteure müssen sich	Die GRÜNEN unterstützen die Forderung, pro Bezirk je eine barrierefreie Großfeld- und Kleinfeldhalle zu schaffen, vorbehaltlos und uneingeschränkt. Die Finanzierung dieses Vorhabens muss in künftigen Haushaltsberatungen geprüft werden.	Deutschland hinkt bei der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention hinterher. Darauf hat DIE LINKE mehrfach bereichsübergreifend aufmerksam gemacht. Eine regionale Ausstattung in den Bezirken mit bedarfsgerechten, barrierefreien Hallen ist ein erster Schritt in die richtige Richtung und findet unsere volle Unterstützung.	Wie bereits in Frage 2 erwähnt, fordert die FDP, dass bis zum Ende der kommenden Wahlperiode jeder Bezirk in Hamburg mindestens über eine vollständig barrierefreie Halle verfügt. Ähnlich wie beim Bau der Sporthalle in Alsterdorf wird sich die FDP dafür einsetzen, dass auch für diese weiteren Maßnahmen finanzielle Unterstützung, z.B. aus dem Sanierungsfonds 2020, zur Verfügung gestellt werden.



Hamburger Sportbund

	<p>angesichts begrenzter Kapazitäten auf einen Fahrplan einigen, um nach und nach in jedem Bezirk mindestens eine barrierefreie Sporthalle entstehen zu lassen. Das Beispiel der im vergangenen Jahr von der Stiftung Alsterdorf errichteten bundesweit ersten vollkommen barrierefreien Sporthalle zeigt, wie es gehen kann. Die Bürgerschaft hatte diesen Bau mit 600.000 Euro unterstützt.</p>			
--	---	--	--	--



12. Während die Athletinnen und Athleten mit ihrer Leistung im Mittelpunkt des Interesses stehen, sind die Arbeitsbedingungen, Perspektiven und Bezahlung für den Trainerberuf in Deutschland verbesserungswürdig.

*Was werden Sie tun, um die Bedingungen für die Trainer in Hamburg zu verbessern?*

<b>SPD</b>	<b>CDU</b>	<b>Grüne</b>	<b>Die LINKE</b>	<b>FDP</b>
Zur Förderung der Verbandstrainer werden im Rahmen des Sportfördervertrags zwischen Hamburger Sportbund (HSB) und der Stadt Hamburg jährlich Mittel vom Senat zur Verfügung gestellt. Im Haushaltsplan 2015/16 sind zudem auch Mittel für die Verbands-trainerförderung sowie für hauptamtliche und Honorartrainer/-innen der Verbände eingestellt. Wir setzen uns aber auch dafür ein, die Anerkennung und die Rahmenbedingungen für die Trainerinnen und Trainer in ihrer	Selbst in Einzel-sportarten sind Erfolge oft Teamwork, besser gesagt: Hinter einem erfolgreichen Sportler steht fast immer ein gut funktionierendes Trainerteam. Doch gute Trainer und Trainerteams gibt es nicht an jeder Ecke und kosten Geld. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass die Fördermittel und Pauschalen für Trainer im Rahmen des Sportfördervertrages in Zukunft bedarfsgerecht weiterentwickelt werden.	Die Trainerinnen und Trainer sind die Herzkammern des Sports - ohne sie geht (fast) nichts. Der HSB hat richtig gehandelt, jährlich herausragende Leistungen von Trainerinnen und Trainern mit dem Trainerpreis öffentlich zu würdigen. Die überwiegende Mehrzahl der Trainerinnen und Trainer ist ehrenamtlich tätig oder erhält nur eine geringe Aufwandsentschädigung. Ob dieses Modell weitergeführt werden kann, wenn der Sport sich noch stärker in den Quartieren als Träger unterschiedlicher	Die aktuell minimal aufgestockten Mittel für die Trainerausbildung im Sportfördervertrag sind ungenügend. Perspektivisch ist eine finanzielle Ausstattung der Verbände so zu gewährleisten, dass Trainer/-innen beste Voraussetzungen haben, um ihrem Beruf nachgehen zu können – dadurch profitiert der Sport insgesamt. Dies lässt sich perspektivisch nur durch höhere Zuschüsse an HSB und Verbände realisieren, allerdings sind auch andere Modelle durchaus diskussionswürdig.	Die FDP stimmt dem HSB in seiner Problemanalyse zu. In der ablaufenden Legislaturperiode hat die FDP im Rahmen der Verhandlung des Sportfördervertrages 15/16 einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht, der die zusätzliche Bereitstellung von 300.000 Euro für qualifizierte Übungsleiter forderte. Grundsätzlich liegt die Verhandlung des Sportfördervertrages, der Mittel für die Bezahlung von Trainern und qualifizierten Übungsleitern bereitstellt, in den Händen der Vereine



Hamburger Sportbund

<p>Ausbildung und in ihrer täglichen Arbeit zu stärken.</p>		<p>Aufgaben profiliert, ist fraglich. Wo möglich könnte eine Professionalisierung einsetzen, um den gestiegenen Ansprüchen gerecht zu werden. Die GRÜNEN unterstützen die Sportorganisationen bei der Entwicklung neuer Modelle im Zusammenwirken von Ganztagschulen, fachverbandlichen Aufgaben und Breitensportlichen Belangen. Die öffentliche Aufwertung des Berufsbildes ist ein erster Schritt, die finanzielle Anerkennung von Top-Leistungen ein weiterer.</p>		<p>und Verbände. Die FDP wird sich auch in zukünftigen Neuverhandlungen des Sportfördervertrages - ob auf Seiten der Regierung, oder aus der Opposition heraus - dafür einsetzen, dass die Situation der Trainer angemessen berücksichtigt wird.</p>
---	--	--	--	--

13. Das Programm „Kids in die Clubs“ der Hamburger Sportjugend ermöglicht, durch die Kopplung mit dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes (BuT), jährlich rund 9.500 Kindern aus einkommensschwachen Familien die Teilhabe am Sportvereinsleben. Die durch das BuT bereitgestellten 10,-€ Mitgliedsbeitrag pro Monat decken die Kosten der Sportvereine nicht ab.

*Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Mittel des BuT für die kostenlose Teilnahme im Sportverein angemessen erhöht werden?*

SPD	CDU	Grüne	Die LINKE	FDP
„Kids in die Clubs“ ergänzt die Leistungen aus dem BuT, um für geringverdienende Familien (ohne Anspruch auf BuT) eine größtmögliche Chance zur sportlichen Teilhabe zu gewährleisten. Dabei fördert die FHH die Teilhabe von Kindern aus Familien, die nicht förderungsberechtigt über das Bundesprogramm sind (Geringverdiener nach vorheriger Einkommensprüfung), sowie sogenannte Sportreisen von Kindern	Sport verbindet. Sport fördert die Persönlichkeitsentwicklung. Doch Sport kostet auch Geld, vor allem Vereine, die ihre Angebote finanzieren müssen. Um insbesondere Kindern aus armen Familien dennoch die Teilhabe am Sport- und Vereinsleben zu ermöglichen, kommt dem Programm „Kids in die Clubs“ eine wichtige Bedeutung zu. Eine entscheidende finanzielle Stütze für „Kids in die Clubs“ sind	Die GRÜNEN unterstützen das Programm „Kids in die Clubs“ von Anfang an. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass Kindern aus sozial benachteiligten Familien die gleichberechtigte Teilnahme am Vereinssport ermöglicht wird. Auf der Bundesebene werden wir uns für eine Erhöhung des BuT einsetzen und in Hamburg Initiativen, die Spenden für das Projekt "Kids in die Clubs"	DIE LINKE in Bund und Ländern hat mehrfach die BuT-Mittel kritisiert. Diese Form der minimalen Bezuschussung ist diskriminierend für Eltern und Kinder und stigmatisiert sie. Zudem reichen 10 Euro bei weitem nicht aus, um jedem Kind den Sport zu ermöglichen, den es machen möchte. Hamburg ist einer der Städte mit der höchsten Kinderarmutsquote. Hockeyausrüstungen, Karateanzüge oder eigene Tennisschläger	Die Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket, die für die Teilnahme im Sportverein oder für kulturelle Angebote zur Verfügung stehen, werden regelmäßig nicht ausgeschöpft. Die FDP setzt sich deshalb für eine Informationskampagne für eine stärkere Nutzung der Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket ein. Wenn am Ende eines Jahres Mittel aus dem Paket nicht abgerufen sind, soll die



Hamburger Sportbund

<p>aus einkommensschwachen Familien. Dieses macht aus unserer Sicht Sinn, um eine nachhaltige Teilhabe der Kinder im Sportvereinsalltag zu gewährleisten. Eine Erhöhung der Mittel für die Teilhabe am Vereinssport liegt im Rahmen der Bundesgesetzgebung. Über den Sportfördervertrag ist gesichert, dass das Programm „Kids in die Clubs“ weiterhin gefördert wird.</p>	<p>die Gelder aus dem von der CDU-geführten Bundesregierung eingeführten Bildungs- und Teilhabepaket (BuT). Dadurch haben bedürftige Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene einen Rechtsanspruch aufs Mitmachen - bei Tagesausflügen und dem Mittagessen in Kita, Hort und Schule, bei Musik, Sport und Spiel in Vereinen und Gruppen. Damit wurden auch für Hamburg die richtigen „Weichen“ gestellt. So wurden alleine im Jahr 2013 87 Prozent der über „Kids in die Clubs“ ermöglichten Vereinsmitgliedschaften aus dem BuT finanziert. Um diese Erfolgsgeschichte fortschreiben und gleichzeitig die Vereine dabei unterstützen zu können, werden wir uns</p>	<p>einwerben unterstützen.</p>	<p>sind für viele Kinder unbezahlbar. Gleiches gilt für Vereine: Die BuT-Mittel reichen in vielen Vereinen kaum aus, um bspw. Verwaltungskosten oder die Grundgebühr zu decken. Schon jetzt könnten ohne das Engagement von Vereinen und Ehrenamtlichen viele Kinder den Sportverein nicht besuchen. Erschwerend kommt hinzu, dass die wenigen BuT-Mittel auf einige wenige Rechtskreise beschränkt sind – Geringverdiener oder Familien knapp über dem Existenzminimum bspw. haben keinen Anspruch darauf. DIE LINKE plädiert daher u.a. für eine angemessene Kindergrundsicherung, die kulturelle und sportliche Wünsche von</p>	<p>Verwendung im kommenden Jahr für ähnliche Zwecke vorgesehen werden können. Zur Zeit müssen allerdings nicht ausgeschöpfte Mittel an den Bund zurückerstattet werden.</p>
--	---	--------------------------------	--	---



Hamburger Sportbund

	<p>als CDU dafür einsetzen, das Mittel des BuT für die kostenlose Teilnahme im Sportverein b erhöht werden. Gleichzeitig steht auch die Stadt über die zuständige Fachbehörde in der Pflicht, ihren Beitrag zum Gelingen beizutragen und etwaige für Vereine entstehende Defizite mit Eigenmitteln auszugleichen.</p>		<p>Kindern abdecken kann. Unabhängig davon ist es allerdings schon jetzt möglich, dass die Freie und Hansestadt Hamburg sämtliche Kosten für benachteiligte Kinder und Jugendliche selbst übernimmt, einschließlich der Vereinsbeiträge und Ausrüstungskosten. Dies entlastet Familien und die Vereine und kommt unmittelbar dem Sport zugute.</p>	
--	---	--	--	--